



Landesverband Bremen/Kreisverband Bremerhaven

ERSTER STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST SEIT 14 JAHREN !

Mehrere Länder haben den Startschuss gegeben, es wird wieder gestreikt im Öffentlichen Dienst. Urabstimmungen laufen, der größte flächendeckende Streik seit 1992 steht kurz bevor. Die Arbeitgeber und ihre Lobbyisten im Parlament bundes- und europaweit haben in den letzten Monaten zur Generaloffensive aufgerufen und Arbeits-, Tarif- und Sozialrechten den Kampf angesagt. Die Arbeitnehmer/-innen lassen sich aber nicht mehr länger unter Druck setzen. Der Widerstand gegen die neoliberale Politik muss gestärkt werden. Streiks und Massendemonstrationen können ein Anfang sein.

Arbeitszeitverlängerungen und damit verbundene Lohnkürzungen, Abschaffung des Kündigungsschutzes und massiver Stellenabbau – das sind die Ziele der Arbeitgeber nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im Öffentlichen Dienst. Bei den Aktionen geht es um den Kampf um die 38,5 Stunden-Woche, die Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld und die Übernahme des neuen Tarifwerks TVöD, dessen Anwendung die Länder bis heute verweigern.

Die Arbeitszeitverlängerung von 38,5 auf 40 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich bedeutet auf den Punkt gebracht: eine tägliche Mehrarbeit von 18 Minuten am Tag und den Wegfall von bundesweit knapp 250.000 Stellen im öffentlichen Sektor. Angesichts von über 5 Millionen Arbeitssuchenden wird dieser Plan zu einer akuten Bedrohung nicht nur für alle Arbeitnehmer/-innen, sondern auch für Erwerbslose und Jugendliche, die auf der Suche nach Arbeits- bzw. Ausbildungsplätzen sind.

Die angedrohte 40-Std. Woche bedeutet nicht nur, dass man länger arbeiten, sondern zusätzlich noch eine Lohnkürzung hinnehmen muss. In der Bundesrepublik sind im Jahre 2005 die Einkommen der Arbeitnehmer/-innen nach ver.di - Angaben um 0,5 % gesunken. Dies bedeutet im Zuge der Inflation einen realen Verlust von 2,5 %. In Euro gerechnet

haben alle Beschäftigten 6 Milliarden Euro weniger erhalten. Im Gegensatz dazu, sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 32 Milliarden Euro gestiegen (aus „Wirtschaftspolitik aktuell“ des ver.di Bundesvorstands, Nr. 1, Januar 2006).



Angesichts der leeren Kassen sei Sparen beim Personal unumgänglich behaupten die Landes- und Kommunalpolitiker bundesweit. Die Ebbe in den Kassen haben jedoch nicht die Beschäftigten verursacht, sondern sind die Folge von Steuergeschenken an Unternehmen und Reiche. Würde man diejenigen, die viel verdienen oder viel haben, stärker besteuern, gäbe es dieses Problem nicht. Stattdessen wird versucht, die lohnabhängig Beschäftigten weiter auszupressen und ihnen noch mehr zuzumuten.

Wir fordern daher:

- **NEIN zur 40-Stunden-Woche**
- **eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich**
- **Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst zur Entlastung der Beamten, Angestellten und Arbeiter**
- **Schaffung von Ausbildungsplätzen und Übernahme in den Öffentlichen Dienst**
- **Erhalt des Kündigungsschutzes**

Dafür ist es notwendig, dass wir alle solidarisch demonstrieren!

Beteiligt euch an der DGB-Demonstration am 01.03.2006 gegen Arbeitsplatzvernichtung in Bremen und Bremerhaven sowie an der bundesweiten Demo am 03.06.2006 in Berlin

Ein Vorbereitungstreffen zur Bremer Demo findet am 16.02.06 um 19.30 Uhr im DGB-Haus (Clara-Zetkin-Saal, 1.Stock), Bahnhofplatz 22 (Haltestelle Hbf Bremen) in Bremen statt

Der WASG - Kreisverband Bremerhaven trifft sich immer 14-tägig dienstags um 20 Uhr im „Verein für gleiche Rechte - Dialog“ in der Hansastr. 2a. Nächstes Treffen: Dienstag, den 28.02.2006. Die Versammlungen sind öffentlich.

**Kontakt: Tel.: 04 71/9 52 09 92
www.wasg-hb.de o. www.wasg-bremerhaven.de**

